

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 95 — 3178

[S - C - 33092]

**9. NOVEMBER 1994. — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen, insbesondere des durch Gesetze vom 17. März 1958 und 29. Mai 1959 abgeänderten Artikels 79;

Aufgrund des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, insbesondere des Artikels 12bis § 3, eingefügt durch das Gesetz vom 11. Juli 1973;

Aufgrund des Gesetzes vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, insbesondere Artikel 5 und 7, beide eingefügt durch den Königlichen Erlaß Nr. 467 vom 1. Oktober 1986;

Aufgrund des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, insbesondere des Artikels 1, abgeändert durch die Gesetze vom 27. Juli 1971, 11. Juli 1973 und 19. Dezember 1974 und durch den Königlichen Erlaß Nr. 456 vom 10. September 1986;

Aufgrund des Gesetzes vom 11. Juli 1973 zur Änderung des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, insbesondere Artikel 26, 3°;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 2. August 1994;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 27. Juli 1994;

Aufgrund des Protokolls Nr. S/7/94 OSUW 4/94 vom 12. September 1994, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2ter Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß die Auszahlung der Laufbahnunterbrechungsprämie nicht länger hinausgezögert werden kann;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung;  
Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1.** Artikel 12bis, § 3, des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung wird am 29. August 1994 wirksam.

**Art. 2.** Vorliegender Erlaß findet Anwendung auf die definitiv angestellten Personalmitglieder, deren Ernennung anerkannt ist: dort wo die Anerkennung besteht, und die

1. im Gesetz vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens,

2. im Gesetz vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren,

3. in Artikel 12bis, § 3 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung,

4. in Artikel 79 der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen, erwähnt sind.

**Art. 3.** Den Personalmitgliedern wird auf ihren Antrag hin die vollständige Unterbrechung ihrer beruflichen Laufbahn gewährt und zwar unabhängig von der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zu dem Amt bzw. den Ämtern gehören, in dem/denen sie ernannt sind.

Eine teilweise Unterbrechung der beruflichen Laufbahn ist den Personalmitgliedern nur gestattet, wenn die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zum Amt bzw. zu den Ämtern gehören, in dem/denen sie ernannt sind, mindestens die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt vorgeschrieben ist, beträgt. In diesem Falle beträgt die Unterbrechung die Hälfte der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden die für die Vollzeitbeschäftigung erforderlich ist.

Eine Unterbrechung der beruflichen Laufbahn kann nur für Ämter, die als Hauptamt im Sinne von Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 zur Festlegung des Besoldungsstatuts des Lehrpersonals, des wissenschaftlichen Personals sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens zu betrachten sind, gewährt werden.

Es wird davon ausgegangen, daß die Personalmitglieder, die wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden oder eine Stundenplanergänzung beantragen, die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden leisten, die sie vor ihrer Zurdispositionstellung oder vor ihrem Antrag auf eine Stundenplanergänzung geleistet haben.

Um einen halben Stundenplan zu bestimmen, wird für jedes Amt die Mindestanzahl Stunden berücksichtigt, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt erforderlich ist.

**Art. 4.** In Abweichung von den Artikeln 2 und 3 bestimmt die Regierung auf Vorschlag des für den Unterricht zuständigen Ministers für welche Ämter die Personalmitglieder aus Gründen, die mit der einwandfreien Arbeitsweise der Unterrichtseinrichtungen, der Zentren und der Inspektion zusammenhängen, vom Genuß vorliegenden Erlasses ausgeschlossen werden können.

**Art. 5. § 1.** Die Laufbahnunterbrechung wird

- dem Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals, des sozialen und psychologischen Personals und des Inspektionspersonals sowie den Primarschullehrern, Religionslehrern und -inspektoren,

- dem Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal,  
 - dem Fachpersonal der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren  
 gewährt, und zwar für einen Zeitraum, der am ersten Tag des Schuljahres oder am 1. Oktober des Schuljahres beginnt und am letzten Tag des Schuljahres endet.

§ 2. In Abweichung von den vorangehenden Bestimmungen darf die Laufbahnunterbrechung jedoch am Tag nach einem Schwangerschaftsurlaub oder am Tag nach einem Urlaub, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten, beginnen.

In diesem Fall muß die Laufbahnunterbrechung vor Beginn des Schwangerschaftsurlaubs oder vor Beginn des Urlaubs, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten, beantragt werden.

§ 3. Ein Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn vollständig oder teilweise unterbricht und nicht gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 betreffend die Gewährung von Laufbahnunterbrechungszulagen an die Personalmitglieder des Unterrichtswesens und der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren ersetzt werden kann, wird vom zuständigen Minister oder von seinem Beauftragten auf Laufbahnunterbrechungsurlaub gestellt. In diesem Fall erhält das Personalmitglied keine Laufbahnunterbrechungszulage.

Art. 6. § 1. Der Antrag auf eine vollständige oder teilweise Laufbahnunterbrechung wird schriftlich eingereicht und beinhaltet das Anfangs- und das Enddatum der Unterbrechung und deren Umfang.

Außerdem teilt das Personalmitglied mit, ob es eine vollständige oder eine teilweise Unterbrechung wünscht.

§ 2. Der Antrag wird mindestens dreißig Tage vor Beginn der Laufbahnunterbrechung dem für den Unterricht zuständigen Minister mitgeteilt durch Vermittlung:

- des Schulleiters im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des Direktors im Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

- des Trägers im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS-Zentren.

- der vorgesetzten Behörde für die Mitglieder der Inspektionsdienste.

Art. 7. § 1. Während seiner Laufbahnunterbrechung bezieht das Personalmitglied kein Gehalt bzw. keine Gehalts-subvention. Die Laufbahnunterbrechung wird mit aktivem Dienst gleichgestellt.

Für die in Artikel 3 Absatz 4 erwähnten Personalmitglieder wird der Teil der Unterbrechungszulage, der die Stunden oder Unterrichtsstunden betrifft, für die der Betreffende wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt ist oder die von der Beschäftigung verlorengegangen sind und nicht ersetzt werden können, von der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen.

§ 2. Während seiner Laufbahnunterbrechung bleibt das Personalmitglied dem auf ihn anwendbaren Statut, dort wo es besteht, und deshalb auch den Bestimmungen betreffend die Verpflichtungen und Unvereinbarkeiten unterworfen.

§ 3. Der Schwangerschaftsurlaub oder der im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft gewährte Urlaub, der während der Laufbahnunterbrechung eintritt, setzt dieser kein Ende, setzt sie aber aus, selbst wenn der Schwangerschaftsurlaub aufgeteilt wird.

In jedem Fall bezieht das Personalmitglied die Entlohnung, auf die es Anrecht hat aufgrund der Regelung, die Anwendung findet in Sachen Schwangerschaftsurlaub oder Urlaub für Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft.

Art. 8. § 1. Aus außergewöhnlichen Gründen und unter Berücksichtigung einer Kündigungsfrist von einem Monat kann dem Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbrochen hat, gestattet werden, sein Amt wiederaufzunehmen oder wieder voll auszuüben.

Der Antrag muß schriftlich eingereicht werden und wird dem für den Unterricht zuständigen Minister oder seinem Beauftragten mitgeteilt:

- durch Vermittlung des Schulleiters im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, des Direktors im Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der vorgesetzten Behörde für die Mitglieder der Inspektionsdienste,

- durch Vermittlung und mit dem Einverständnis des Organisationsträgers im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS Zentren.

Was die Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für Religion im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen betrifft, wird diesem Antrag das Einverständnis des betreffenden Kultusvorstehers beigelegt.

§ 2. Die in Artikel 5 § 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Personalmitglieder dürfen ihr Amt auf keinen Fall nach dem 1. Mai des Schuljahres bzw. akademischen Jahres wiederaufnehmen oder wieder vollständig ausüben.

§ 3. Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilt dem LAA binnen fünfzehn Tagen nach dem Beschluß das Datum mit, an dem das Personalmitglied sein Amt wiederaufnimmt oder wieder vollständig ausübt.

Art. 9. § 1. Ein Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, wird gemäß den Verordnungsbestimmungen, die in Sachen Wiedereinsetzung und Wiederbeschäftigung Anwendung finden, vorrangig von einem oder mehreren Personalmitgliedern ersetzt, die wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt worden sind.

In den Auswahl- und Beförderungssämtern kann ein Personalmitglied jedoch zeitweilig von einem definitiv ernannten Personalmitglied im Anwerbungsamt ersetzt werden, das zu dem Auswahl- bzw. Beförderungssamt Zugang bietet.

In diesem Fall finden die Bestimmungen des Absatzes 1 Anwendung auf das vorläufig vollständig oder teilweise aufgegebene Anwerbungsamt.

Wenn es nicht möglich ist, die vorhergehenden Bestimmungen anzuwenden, wird das Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, von einem bzw. mehreren Vollarbeitslosen, der/die für jeden Tag der Woche Arbeitslosengeld bezieht/beziehen, oder von einer der Personen, die ihm/ihnen in Ausführung der Artikel 100 Absatz 4 und 102 § 1 Absatz 3 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985, wie es abgeändert wurde, für die Anwendung dieser Bestimmungen gleichgestellt sind, vollständig ersetzt.

Die Anstellung erfolgt unter Beachtung der die Anwerbung betreffenden statutarischen Regeln, dort wo sie bestehen, und unter Beachtung der Bezuschussungsbedingungen.

§ 2. Der Arbeitslose, der ein Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbricht, ersetzen soll, wird im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in den PMS-Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom Minister oder von seinem Beauftragten und im subventionierten Unterrichtswesen und in den subventionierten PMS-Zentren vom Schulträger angestellt.

Die Anstellung der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für Religion erfolgt auf Vorschlag des Kultusvorstehers.

§ 3. Das Personalmitglied, das am Ende eines Schwangerschaftsurlaub oder eines Urlaubs im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegeschaf seine Laufbahn unterbricht, wird:

1. entweder von einem Personalmitglied, das wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt ist,
2. oder von einem für alle Tage der Woche voll entschädigten Arbeitslosen,
3. oder von einem Arbeitnehmer, der einer Teilzeitbeschäftigung bei Beibehaltung seiner Rechte nachgehen möchte und in Anwendung der Artikel 99 und 107 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 über die Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld bezieht,
4. oder von einem Personalmitglied, das ein Personalmitglied während eines Schwangerschaftsurlaubs ersetzt hat und zu Beginn dieses Ersatzes entschädigte Vollarbeitslose war, die für jeden Tag der Woche Arbeitslosengeld bezogen hat, oder einen der unter Punkt 1 oder 3 erwähnten Personalkategorien angehörte,
5. oder von einem entschädigten Arbeitslosen, der bei einer Arbeitszeitregelung, die pro Woche durchschnittlich mindestens die Hälfte der wöchentlichen Anzahl Arbeitsstunden zählt, die im Durchschnitt von einem vollbeschäftigten Arbeitnehmer in einer ähnlichen Stelle im selben Betrieb oder, in Ermangelung dessen, im selben Tätigkeitszweig geleistet werden, vollarbeitslos ist,
6. oder von einer Person, die sich unter den vom Minister der Beschäftigung und der Arbeit festgelegten Bedingungen in den Arbeitsmarkt eingliedern oder wiederingliedern möchte, vertreten.

Art. 10. In dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtswesen wird der Arbeitslose, der ein Mitglied des Unterhalts-, Fach- und Dienstpersonals ersetzt, aufgrund eines im Sinne des Artikels 11ter des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge vorgesehenen Vertretungsvertrages eingestellt. In den anderen Fällen wird der Arbeitslose zeitweilig angestellt.

Art. 11. Die Dauer der Beschäftigung des Arbeitslosen darf auf keinen Fall länger sein als die Dauer der Laufbahnunterbrechung des Amtsinhabers.

Art. 12. Wenn einem Personalmitglied, das seine berufliche Laufbahn unterbricht, das Recht auf Laufbahnunterbrechungszulage verweigert wird aufgrund eines vom Regionalinspektor der Arbeitslosigkeit in Ausführung des Artikels 7 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 gefaßten Beschlusses, ist der Schulleiter oder der Schulträger verpflichtet, die Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die für das betreffende Personal zuständig ist, unverzüglich darüber zu informieren.

Das Personalmitglied bleibt jedoch in Laufbahnunterbrechungsurlaub ohne Zulage, und zwar bis zum vorgesehenen Enddatum des Laufbahnunterbrechungsurlaubs. Wenn ihm das Recht auf eine Zulage im Laufe eines späteren Schuljahres wieder verweigert wird, wird seine Laufbahnunterbrechung von Rechts wegen in eine Zurdispositionstellung wegen persönlicher Gründe umgewandelt, und zwar von der Zustellung der Zulageverweigerung an bis zum vorgesehenen Enddatum der besagten Laufbahnunterbrechung.

Art. 13. Der Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. März 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren wird aufgehoben.

Art. 14. Vorliegender Erlaß wird am 29. August 1994 wirksam.

Art. 15. Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. November 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren,  
Sport, Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung

B. GENTGES

#### TRADUCTION

#### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[S - C - 33092]

F. 95 - 3178

9 NOVEMBRE 1994. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone  
relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu les lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1957, notamment l'article 79, modifié par les lois du 17 mars 1958 et du 29 mai 1959;

Vu la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, notamment l'article 12bis, § 3 inséré par la loi du 11 juillet 1973;

Vu la loi du 1er avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux, notamment les articles 5 et 7, tous les deux insérés par l'arrêté royal n° 467 du 1er octobre 1986;

Vu la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, notamment l'article 1, modifié par les lois des 27 juillet 1971, 11 juillet 1973 et 19 décembre 1974 ainsi que par l'arrêté royal n.º 456 du 10 septembre 1986;

Vu la loi du 11 juillet 1973 modifiant la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, notamment l'article 26, 3º;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 2 août 1994;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 27 juillet 1994;

Vu le protocole n.ºs 7/94 + OSUW 4/94 du 12 septembre 1994 contenant les conclusions des négociations menées en séance commune du Comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone et du sous-comité prévu à l'article 17, § 2ter, 3º de l'arrêté royal du 28 septembre 1984;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que le paiement des allocations d'interruption de carrière ne peut être reporté plus longtemps;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1er.** L'article 12bis, § 3 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement produit ses effets au 29 août 1994."

**Art. 2.** Le présent arrêté est applicable aux membres du personnel nommés à titre définitif et dont la nomination est agréée, là où l'agrément existe, et qui sont visés par :

1. la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat;
2. la loi du 1er avril 1960 sur les centres psycho-médico-sociaux;
3. l'article 12bis, § 3 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;
4. l'article 79 des lois sur l'enseignement primaire, coordonnées le 20 août 1959.

**Art. 3.** Les membres du personnel obtiennent à leur demande l'interruption complète de leur carrière professionnelle quel que soit le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés.

Les membres du personnel ne peuvent interrompre leur carrière professionnelle de manière partielle que si le nombre d'heures ou de périodes afférent à la (aux) fonction(s) pour laquelle (lesquelles) ils sont nommés atteint au moins la moitié du nombre d'heures ou de périodes prévu pour des prestations complètes dans cette fonction. Dans ce cas, l'interruption correspond à la moitié du nombre d'heures ou de périodes requis pour la fonction à prestations complètes.

Une interruption de la carrière professionnelle ne peut être accordée que pour les fonctions qui peuvent être considérées comme une fonction principale au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique.

Les membres du personnel en disponibilité par défaut d'emploi ou demandeurs d'un complément de charge sont supposés exercer le nombre d'heures ou de périodes exercé avant leur mise en disponibilité par défaut d'emploi ou leur demande d'un complément de charge.

Pour déterminer une demi-charge, n'est pris en considération comme nombre diviseur pour chacune des fonctions que le nombre minimal d'heures requis pour constituer la fonction à prestations complètes.

**Art. 4.** Par dérogation aux articles 2 et 3, le Gouvernement détermine, sur proposition du Ministre qui a l'enseignement dans ses compétences, pour quelles fonctions les membres du personnel peuvent être exclus du bénéfice du présent arrêté pour des raisons inhérentes au bon fonctionnement des établissements d'enseignement, des centres et de l'inspection.

**Art. 5. § 1er.** L'interruption de la carrière professionnelle est accordée pour une période débutant le premier jour de l'année scolaire ou le 1er octobre et se terminant le dernier jour de l'année scolaire :

- aux membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, du personnel social et psychologique, du personnel d'inspection, aux maîtres, professeurs et inspecteurs de religion;
- au personnel administratif, de maîtrise, aux gens de métiers et de service;
- au personnel technique des centres psycho-médico-sociaux.

§ 2. Toutefois, par dérogation aux dispositions qui précèdent, l'interruption de la carrière professionnelle peut débuter le jour qui suit la fin d'un congé de maternité ou d'un congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Dans ce cas, l'interruption de carrière doit être sollicitée avant le début du congé de maternité ou avant le début du congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

§ 3. Le membre du personnel qui interrompt sa carrière professionnelle de manière complète ou partielle et qui ne peut être remplacé selon les dispositions de l'arrêté royal du 12 août 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption aux membres du personnel de l'enseignement et des centres psycho-médico-sociaux, est mis en congé d'interruption de carrière par le Ministre compétent ou son délégué. Dans ce cas, le membre du personnel ne perçoit aucune allocation d'interruption de carrière.

**Art. 6. § 1.** La demande d'interruption complète ou partielle de la carrière est introduite par écrit et mentionne la date de début et de fin de cette interruption et l'ampleur de celle-ci.

En outre, le membre du personnel fait savoir s'il opte pour une interruption complète ou partielle.

§ 2. La demande est communiquée au Ministre compétent en matière d'enseignement au moins trente jours avant le début de l'interruption par l'intermédiaire :

- du chef d'établissement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou du directeur en ce qui concerne le centre psycho-médico-social de la Communauté germanophone;
- du pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et les centres P.M.S. subventionnés;
- de l'autorité hiérarchique pour les membres des services d'inspection.

Art. 7. § 1. Pendant l'interruption de sa carrière professionnelle, le membre du personnel ne perçoit pas de traitement ou de subvention-traitement. L'interruption de carrière est assimilée à une période d'activité de service.

Pour les membres du personnel visés à l'article 3, 4ème alinéa, la partie de l'allocation d'interruption couvrant les heures ou périodes de disponibilité par défaut d'emploi ou les heures et périodes perdues de la charge et non sujettes à remplacement, est prise en charge par la Communauté germanophone.

§ 2. Pendant l'interruption de sa carrière, le membre du personnel reste soumis au statut qui lui est applicable là où le statut existe et, par conséquent, aux dispositions relatives aux devoirs et aux incompatibilités.

§ 3. Le congé de maternité ou le congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle qui intervient en cours d'interruption de la carrière ne met pas fin à celle-ci mais la suspend, même si le congé de maternité est scindé.

En pareil cas, le membre du personnel bénéficie de la rémunération à laquelle il a droit en vertu de la réglementation applicable en matière de congé de maternité ou de congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Art. 8. § 1. - Pour des raisons exceptionnelles et moyennant un préavis d'un mois, le membre du personnel qui a interrompu sa carrière, peut être autorisé à reprendre ses fonctions ou à les exercer à nouveau entièrement.

La demande doit être introduite par écrit et être communiquée au Ministre compétent en matière d'enseignement ou à son délégué :

- par l'intermédiaire du chef d'établissement dans l'enseignement de la Communauté germanophone, du directeur en ce qui concerne le centre psycho-médico-social de la Communauté germanophone et de l'autorité hiérarchique pour les membres des services d'inspection;
- par l'intermédiaire et avec l'accord du pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et dans les centres psycho-médico-sociaux subventionnés.

Pour les maîtres, professeurs et inspecteurs de religion dans l'enseignement de la Communauté germanophone et l'enseignement officiel subventionné, cette demande sera accompagnée de l'accord du chef de culte concerné.

§ 2. Les membres du personnel visés à l'article 5, § 1er du présent arrêté ne peuvent en aucun cas reprendre leurs fonctions ou les exercer à nouveau complètement après le 1er mai de l'année scolaire ou académique.

§ 3. Dans les quinze jours qui suivent la décision, le Ministère de la Communauté germanophone avise l'Office national de l'Emploi de la date à laquelle le membre du personnel reprend ses fonctions ou les exerce à nouveau complètement.

Art. 9. § 1. Un membre du personnel qui interromp sa carrière professionnelle est, conformément aux dispositions réglementaires applicables en ce qui concerne la réaffectation et la remise au travail, remplacé prioritairement par un ou plusieurs membre(s) du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi.

Dans les emplois de sélection et de promotion, un membre du personnel peut toutefois être remplacé temporairement par un membre du personnel nommé à titre définitif dans la fonction de recrutement qui donne accès à la fonction de sélection ou de promotion.

Dans ce cas, les dispositions du premier alinéa s'appliquent à l'emploi de recrutement temporairement abandonné, soit entièrement, soit partiellement.

A défaut de possibilité d'application des dispositions qui précèdent, le membre du personnel qui interromp sa carrière professionnelle est remplacé totalement par un ou plusieurs chômeur(s) complet(s) qui bénéficie(nt) d'allocations pour tous les jours de la semaine ou par une des personnes qui, en exécution des articles 100, alinéa 4 et 102, § 1er, alinéa 3 de la loi de redressement du 22 janvier 1985, telle que modifiée, y sont assimilées pour l'application de ces dispositions.

La désignation s'effectue dans le respect des règles statutaires relatives au recrutement, là où elles existent, ainsi que dans le respect des conditions de subventionnement.

§ 2. Le chômeur appelé à remplacer un membre du personnel qui interromp sa carrière est désigné par le Ministre ou son délégué dans l'enseignement de la Communauté germanophone et dans les centres P.M.S. de la Communauté germanophone, et par le pouvoir organisateur dans l'enseignement subventionné et dans les centres P.M.S. subventionnés.

Pour les maîtres, professeurs et inspecteurs de religion, la désignation se fait sur proposition du chef de culte.

§ 3. Le membre du personnel qui interromp sa carrière à la fin d'un congé de maternité ou d'un congé en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle sera remplacé par :

- 1° soit un membre du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi;
- 2° soit un chômeur complet indemnisé pour tous les jours de la semaine;
- 3° soit un travailleur qui souhaite occuper un emploi à temps partiel tout en conservant ses droits et obtient des allocations de chômage en application des articles 99 et 107 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;
- 4° soit un membre du personnel ayant remplacé un membre du personnel durant son congé de maternité et qui, au début de ce remplacement, était chômeur complet indemnisé pour tous les jours de la semaine, ou appartenait à une des catégories de personnel visées au 1° ou au 3°;
- 5° soit un chômeur indemnisé qui est en chômage complet dans un régime de travail hebdomadaire moyen comprenant au moins la moitié du nombre d'heures de travail hebdomadaire moyen presté par un travailleur occupé à temps plein dans une fonction analogue dans la même entreprise ou, à défaut, dans la même branche d'activité;
- 6° soit une personne désirent s'insérer ou se réinsérer sur le marché du travail, selon les conditions déterminées par le Ministre de l'Emploi et du Travail.

**Art. 10.** Dans l'enseignement organisé par la Communauté, le chômeur qui remplace un membre du personnel de maîtrise, gens de métier et de service, est engagé sur la base d'un contrat de remplacement au sens de l'article 11ter de la loi du 3 juillet 1978 sur les contrats de travail. Dans les autres cas, le chômeur est désigné à titre temporaire.

**Art. 11.** La période d'occupation du chômeur ne peut en aucun cas excéder la durée de l'interruption de la carrière du titulaire.

**Art. 12.** Si, par décision de l'Inspecteur régional du chômage, prise en application de l'article 7 de l'arrêté royal du 12 août 1991, un membre du personnel qui interromp sa carrière professionnelle se voit refuser le droit aux allocations, le chef d'établissement ou le Pouvoir organisateur est tenu d'en informer, sans délai, la Division de la Communauté germanophone dont il relève.

Toutefois, le membre du personnel reste en congé d'interruption de carrière sans allocation. Le membre du personnel ne peut bénéficier qu'une seule fois de la présente disposition. Si, au cours d'une année scolaire ultérieure, il perd à nouveau le droit aux allocations, son interruption de carrière est de plein droit transformée, à dater de la notification du refus d'allocation, en disponibilité pour convenances personnelles jusqu'au terme prévu de ladite interruption de carrière.

**Art. 13.** L'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 16 mars 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux est abrogé.

**Art. 14.** Le présent arrêté produit ses effets le 29 août 1994.

**Art. 15.** Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 9 novembre 1994.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées,  
du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites,  
J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,  
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[S - C - 33092]

N. 95 -- 3178

9 NOVEMBER 1994. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957, inzonderheid op artikel 79, gewijzigd bij de wetten van 17 maart 1958 en 29 mei 1959;

Gelet op de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, inzonderheid op artikel 12bis, § 3, ingevoegd bij de wet van 11 juli 1973;

Gelet op de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra, inzonderheid op de artikelen 5 en 7, ingevoegd bij het koninklijk besluit nr. 467 van 1 oktober 1986;

Gelet op de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het Rijksonderwijs, inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij de wetten van 27 juli 1971, 11 juli 1973 en 19 december 1974 alsmede bij het koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986;

Gelet op de wet van 11 juli 1973 houdende wijziging van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, inzonderheid op artikel 26, 3°;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 2 augustus 1994;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 27 juli 1994;

Gelet op het protocol nr. S 7/94 + OSUW 4/94 van 12 september 1994 houdende de conclusies van de onderhandelingen gevoerd in een gemeenschappelijke zitting van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap en van het subcomité bepaald in artikel 17, § 2ter, 3 van het koninklijk besluit van 28 september 1984;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de betaling van de loopbaanonderbrekingsuitkeringen geen uitstel meer lijdt;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** Artikel 12bis, § 3 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving heeft uitwerking met ingang van 29 augustus 1994.

**Art. 2.** Dit besluit is toepasselijk op de vastbenoemde personeelsleden van wie de benoeming erkend is voor zover de erkenning bestaat en die bedoeld zijn in

1° de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut van de personeelsleden van het rijksonderwijs;

2° de wet van 1 april 1960 betreffende de psycho-medisch-sociale centra;

3° artikel 12bis, § 3 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

4° artikel 79 van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1959.

**Art. 3.** Op hun verzoek mogen de personeelsleden de volledige onderbreking van hun beroepsloopbaan verkrijgen onafhankelijk van het aantal uren of lesuren dat met het ambt (de ambten) verbonden is waarvoor zij benoemd zijn.

Een gedeeltelijke onderbreking van de beroepsloopbaan is de personeelsleden alleen maar toegestaan wanneer het aantal uren of lesuren dat met het (de) ambt(en) verbonden is waarvoor zij benoemd zijn ten minste de helft van het aantal uren of lesuren bedraagt dat noodzakelijk is voor een voltijdse betrekking in hetzelfde (dezelfde) ambt(en). In dit geval stemt de onderbreking overeen met de helft van het aantal uren of lesuren dat noodzakelijk is voor de voltijdse betrekking.

Een onderbreking van de beroepsloopbaan kan slechts toegestaan worden voor ambten die als een hoofdambt moeten worden beschouwd in de zin van artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs.

De personeelsleden die wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking zijn gesteld of die een bijkomende opdracht aanvragen, worden geacht het aantal uren of lesuren te presteren dat zij voor hun terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking of voor hun aanvraag om bijkomende opdracht presteerden.

Om een halve opdracht te bepalen wordt voor ieder ambt als noemer van de breuk het minimaal aantal uren in aanmerking genomen dat noodzakelijk is om een voltijdse betrekking te vormen.

**Art. 4.** In afwijking van de artikelen 2 en 3 bepaalt de Regering, op de voordracht van de voor onderwijs bevoegde Minister, de ambten waarvoor de personeelsleden van het genot van dit besluit uitgesloten worden om redenen die inherent zijn aan de goede werking van de onderwijsinrichtingen, van de centra en van de inspectie.

**Art. 5. § 1.** De onderbreking van de beroepsloopbaan wordt toegestaan voor een periode beginnend op de eerste schooldag of op 1 oktober en eindigend op de laatste dag van het schooljaar :

- aan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel, aan het sociaal en psychologisch personeel, aan het inspectiepersoneel en aan de leermeesters, leraars en inspecteurs godsdienst;

- aan het administratief personeel en aan het meesters-, vak- en dienstpersoneel;

- aan het technisch personeel van de psycho-medisch-sociale centra.

§ 2. In afwijking van de voorafgaande bepalingen mag de onderbreking van de beroepsloopbaan echter beginnen op de dag volgend op het einde van een moederschapsverlof of van een opvangverlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij toegekend aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

In dit geval moet de loopbaanonderbreking aangevraagd worden voor het begin van het moederschapsverlof of van het verlof dat met het oog op adoptie en pleegvoogdij toegekend wordt aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd worden.

§ 3. Aan het personeelslid dat zijn beroepsloopbaan volledig of gedeeltelijk onderbreekt en dat niet volgens de bepalingen van het koninklijk besluit van 12 augustus 1991 betreffende de toekenning van onderbrekingsuitkeringen aan de personeelsleden van het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra kan worden vervangen, wordt een loopbaanonderbrekingsverlof toegekend door de bevoegde minister of zijn gevolmachtigde. In dit geval geniet het personeelslid geen loopbaanonderbrekingsuitkering.

**Art. 6. § 1.** De aanvraag om volledige of gedeeltelijke loopbaanonderbreking wordt schriftelijk ingediend en vermeldt de begin- en einddatum alsmede de omvang van de onderbreking.

Bovendien deelt het personeelslid mee of het voor een volledige dan wel een gedeeltelijke onderbreking kiest.

§ 2. De aanvraag wordt ten minste dertig dagen voor het begin van de onderbreking

- via het inrichtingshoofd in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of van de directeur, wat het psycho-medisch-sociaal centrum van de Duitstalige Gemeenschap betreft;

- via de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra;

- via de hiërarchische overheid voor de leden van de inspectiediensten

aan de voor onderwijs bevoegde Minister medegedeeld.

**Art. 7. § 1.** Tijdens zijn loopbaanonderbreking ontvangt het personeelslid geen wedde of weddetoelage. De loopbaanonderbreking wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Voor de personeelsleden bedoeld in artikel 3, lid 4 neemt de Duitstalige Gemeenschap het gedeelte van de onderbrekingsuitkering voor haar rekening dat overeenstemt met de uren of lesuren van terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking of met de verloren uren of lesuren van de opdracht die niet voor vervanging in aanmerking komen.

§ 2. Tijdens zijn loopbaanonderbreking blijft het personeelslid onderworpen aan het statuut dat op hem toepasselijk is, voor zover een statuut bestaat, en dus aan de bepalingen betreffende de plichten en onverenigbaarheden.

§ 3. Het moederschapsverlof of het opvangverlof toegekend met het oog op adoptie of pleegvoogdij dat in de periode van loopbaanonderbreking valt, beëindigt de loopbaanonderbreking niet maar schort ze op, zelfs wanneer het moederschapsverlof opgesplitst wordt.

In dit geval geniet het personeelslid de bezoldiging waarop het recht heeft krachtens de reglementering die van toepassing is inzake moederschapsverlof of opvangverlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij toegekend aan de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 8. § 1.** Om buitengewone redenen en met inachtneming van een opzeggingstermijn van één maand kan het personeelslid dat zijn loopbaan heeft onderbroken de toelating verkrijgen om zijn ambt opnieuw op te nemen of opnieuw volledig uit te oefenen.

De aanvraag moet schriftelijk ingediend en aan de Minister of aan zijn gevolmachtigde medegedeeld worden :

- via het inrichtingshoofd in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap, de directeur van het psycho-medisch-sociaal centrum van de Duitstalige Gemeenschap, de hiërarchische overheid voor de leden van de inspectiediensten;

- via en met het akkoord van de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en in de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra.

Voor de leermeesters, leraars en inspecteurs godsdienst van het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap en van het gesubsidieerd officieel onderwijs moet deze aanvraag vergezeld zijn van het akkoord van het hoofd van de betrokken eredienst.

§ 2. De in artikel 5, § 1 van dit besluit bedoelde personeelsleden mogen in geen geval hun ambt weer opnemen of het ambt opnieuw volledig uitoefenen na de eerste mei van het school- of academiejaar.

§ 3. Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap brengt, binnen de veertien dagen na de beslissing, de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening op de hoogte van de datum waarop het personeelslid zijn ambt opnieuw opneemt of het opnieuw volledig uitoefent.

**Art. 9. § 1.** Een personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt wordt - overeenkomstig de verorderingsbepalingen die toepasselijk zijn inzake reffectatie en wedertewerkstelling bij voorrang vervangen door één of meerdere personeelsleden ter beschikking gesteld wegens ontstentenis van betrekking.

In selectie- en bevorderingsambten mag een personeelslid echter tijdelijk vervangen worden door een personeelslid dat vastbenoemd is in het wervingsambt dat toegang geeft tot dat selectie- of bevorderingsambt.

In dat geval worden de bepalingen van het eerste lid toegepast op het tijdelijk volledig of gedeeltelijk verlaten wervingsambt.

In de gevallen waarin voorgaande bepalingen niet kunnen worden toegepast, wordt het personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt volledig vervangen door één of meerdere vergoede volledig werklozen die uitkeringen genieten voor alle dagen van de week of door personen die in uitvoering van de artikelen 100, lid 4, en 102, § 1, lid 3 van de herstellwet van 22 januari 1985, zoals ze gewijzigd werd, met hem (hen) gelijkgesteld worden voor de toepassing van deze bepalingen.

De aanstelling gebeurt met inachtneming van de statutaire regels over de werving, daar waar zij bestaan, en van de subsidiëeringsvoorwaarden.

§ 2. De werkloze die het personeelslid vervangt dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt, wordt aangesteld door de Minister of zijn gevolmachtigde in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap en de psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap, en door de inrichtende macht in het gesubsidieerd onderwijs en de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra.

Voor de leermeesters, leraars en inspecteurs godsdienst gebeurt de aanstelling op voorstel van het hoofd van de eredienst.

§ 3. Het personeelslid zal bij voorrang door een persoon worden vervangen die bij het begin van de onderbreking

1° ofwel een personeelslid is, dat wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld werd;

2° ofwel een vergoede volledig werkloze is, die voor elke dag van de week een uitkering geniet;

3° ofwel een werknemer is die met bewaring van zijn rechten een deeltijdse betrekking wenst uit te oefenen en een werkloosheidsuitkering verkrijgt in toepassing van de artikelen 99 en 107 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

4° ofwel een personeelslid is dat een personeelslid gedurende een moederschapsverlof vervangen heeft en dat bij de aanvang van de vervanging een vergoede volledig werkloze was die uitkeringen heeft genoten voor alle dagen van de week, ofwel behoorde tot één van de categorieën van personeel bedoeld in 1° of 3°;

5° ofwel een vergoede volledig werkloze is met een gemiddelde wekelijkse arbeidsduur van ten minste de helft van het gemiddeld wekelijks aantal uren gepresteerd door een werknemer met een voltijdse betrekking in een gelijkwaardig ambt in dezelfde onderneming of, bij ontstentenis, in dezelfde bedrijfstak;

6° ofwel een persoon is die volgens de modaliteiten bepaald door de Minister van Tewerkstelling en Arbeid zich op de arbeidsmarkt wenst in te schakelen of te herinschakelen.

**Art. 10.** In het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd onderwijs wordt de werkloze, die een lid van het meesters-, vak- en dienstpersoneel vervangt, aangeworven op basis van een vervangingsovereenkomst in de zin van artikel 11ter van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten. In de andere gevallen wordt de werkloze als tijdelijke aangesteld.

**Art. 11.** De periode van tewerkstelling van de werkloze mag in geen geval de duur van de loopbaanonderbreking van de titularis overschrijden.

**Art. 12.** Indien het recht op uitkeringen door een beslissing van de gewestelijke werkloosheidsinspecteur, genomen in toepassing van artikel 7 van het koninklijk besluit van 12 augustus 1991, geweigerd wordt aan een personeelslid dat zijn beroepsloopbaan onderbreekt, moet het inrichtingshoofd of de inrichtende macht de Afdeling van de Duitstalige Gemeenschap waaronder het/zij ressorteert onverwijld daarvan in kennis stellen.

Het personeelslid blijft echter in loopbaanonderbreking zonder uitkering. Deze bepaling mag op een personeelslid slechts één keer toegepast worden. Indien de betreffende in de loop van een volgend schooljaar het recht op uitkeringen opnieuw verliest, dan wordt zijn loopbaanonderbreking, vanaf de betekening van de uitkeringsweigering en tot het vastgelegd einde van deze onderbreking, van rechtswege omgezet in een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden.

**Art. 13.** Het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 16 maart 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt opgeheven.

**Art. 14.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 29 augustus 1994.

**Art. 15.** De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 9 november 1994.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,

Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden,  
Sport, Toerisme, Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek

B. GENTGES